

Demokratische Planwirtschaft und Arbeitszeitrechnung

Rezension zur PROKLA-Ausgabe Nr. 215: Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise¹

Im Juni 2024 erschien eine neue Ausgabe der Zeitschrift PROKLA mit dem Themenschwerpunkt *Demokratische Planwirtschaft in Zeiten von Digitalisierung und Klimakrise*. Wir begrüßen es außerordentlich, dass Autor*innen und ihre Positionen – zumindest was den deutschen Zweig der aktuellen Planungsdebatte betrifft – nun überblicksmäßig gebündelt vorliegen. Alle Positionen enthalten wichtige Aspekte für eine theoretische Zielbestimmung einer postkapitalistischen Gesellschaft, die nur als Planwirtschaft organisiert sein kann. Um gleich mit offenen Karten zu spielen: Auch wir von IDA hatten damals ein Exposé eingereicht, in dem wir das von uns vertretene Konzept einer dezentralen Planwirtschaft, wie es von der niederländischen Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) entwickelt worden ist, im Kontext der damaligen „sozialistischen Wirtschaftsrechnungsdebatte“ näher erläutern wollten. Unser Exposé wurde jedoch mit knappen Worten abgelehnt. Umso erstaunlicher erscheint uns daher der Verweis im Editorial der Ausgabe auf die rätekommunistische Tradition, die mit ihrem „arbeitszeitbasierten Rechnungslegungsansatz ein wichtiger Bezugspunkt“ für die Debatte bleibe. Ferner heißt es: „Eine Aktualisierung der historischen Beiträge der (kommunistischen) Rätebewegung und ihrer (theoretischen) Rechnungsalternative für Produktion und Verteilung hingegen, die als einzige noch nicht qua Praxis diskreditiert ist, bleibt (...) ein noch einzulösendes Desiderat.“² Man könnte annehmen, dass dies Bekenntnis doch etwas Fadenscheiniges besitzt, da in den meisten Beiträgen die Arbeitszeitrechnung keine Rolle spielt oder sogar rundheraus abgelehnt wird.

Andererseits ist uns natürlich bewusst, dass die Zahl der eingereichten Exposés die zu vergebenden Plätze weit überstiegen hat. Daher wollen wir die Redaktion beim Wort nehmen und die doch recht komfortable Situation, alle Texte nun gebündelt vorliegen zu haben, für uns nutzen, um noch einmal Grundsätzliches zu sagen und hoffen dabei auf eine produktive Auseinandersetzung mit der Arbeitszeitrechnung, die frei ist von oberflächlichen Analogien oder szientistischer Ignoranz. Allerdings werden wir die jeweiligen Textbeiträge nicht einzeln besprechen, sondern entlang thematischer Felder durchgehen. Dabei werden einige Beiträge eingehender besprochen werden als andere. Wir setzen hierbei auf das Verfahren immanenter Kritik.

Vergesellschaftung

Der erste Beitrag von Rabea Berfelde und Jacob Blumenfeld *Von der Vergesellschaftung zur Planung und wieder zurück* eröffnet quasi die Diskussionsrunde und gibt damit auch eine gewisse inhaltliche Stoßrichtung vor. Dies nicht nur, weil sie sich ausdrücklich auf das aktuelle Nebeneinander von aktivistischem Bemühen um Vergesellschaftung (von Wohnraum, Energie etc.) und akademischer Planungsdebatte beziehen und diese miteinander in Verbindung bringen möchten; sondern auch, weil sie mit einem historischen Aufriss der sozialistischen Sozialisierungsdebatte während und nach der Novemberrevolution 1918/19 beginnen. Sie liefern hierbei zunächst einen gedrängten, aber profunden Überblick über verschiedene Konzepte von Sozialisierung und stellen dabei die Positionen von Otto Neurath, Karl Korsch und Karl Kautsky summarisch dar, mit dem Argument, dass zu Beginn der Debatte, bei allen Unterschieden zwischen den Positionen der

1 Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 215. 54. Jahrgang, Nr. 2. Berlin. Juni 2024.
Alle Originalzitate werden im fortlaufenden Text nur mit Angabe der Seitenzahl zitiert.

2 S. 171.

genannten Autoren, Sozialisierung (sprich: Vergesellschaftung) und wirtschaftliche Planung zusammen gedacht worden seien. Da es unter den Theoretiker*innen innerhalb der Arbeiter*innenbewegung nur sehr vage Vorstellungen von einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft gegeben habe, und dass die Novemberrevolution von der SPD weder vorhergesehen, noch gewollt gewesen ist, musste der Begriff der Sozialisierung zunächst mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Dabei wäre in der Diskussion unter Sozialisierung sowohl der Prozess der Vergesellschaftung, im Sinne einer konkreten Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln, als auch die planwirtschaftliche Organisation der neuen Gesamtgesellschaft verstanden worden. Dieser Zusammenhang sei natürlich von der realen Erfahrung des revolutionären Geschehens getragen gewesen. Otto Neurath etwa engagierte sich direkt in der Münchener Räterepublik und selbst die SPD musste nach dem Sieg der Konterrevolution Zugeständnisse an die radikalen Elemente innerhalb der Arbeiter*innenbewegung machen, indem sie eine Sozialisierungskommission einsetzte, die – letztlich ergebnislos – darüber beriet, welche Industriezweige in Gemein- bzw. Staatseigentum überführt werden könnten. „Erst nach dem Zusammenbruch der Sozialisierungskommissionen,“ – diese ist nicht zusammengebrochen, sondern wurde aufgelöst – „der Niederlage der Rätebewegung und der Neudefinition von Vergesellschaftung als Wirtschaftsreform verlagerte sich die Debatte von der praktischen Aufgabe der Vergesellschaftung hin zur konzeptionellen Aufgabe, die Informationsprobleme der Wirtschaftsplanung in einem sozialistischen Staat zu lösen.“³ Die sozialistische Wirtschaftsrechnungsdebatte betrachten Berfelde/Blumenfeld also als Ausläufer der ursprünglichen Sozialisierungsdebatte, die sich letztlich auf rein technische Fragestellungen (Recheneinheit, Ressourcenallokation, Information über Angebot und Nachfrage) versteifte. Hierbei sehen sie viele Parallelen zur zeitgenössischen Planungsdebatte, in der die Akteure ihrer Ansicht nach ebenfalls sozialistische Planung zumeist unter technischen Gesichtspunkten betrachten: Fragen der technischen Machbarkeit gesamtgesellschaftlicher Planung und die Rolle der Informationstechnologien stünden dabei im Vordergrund; die Möglichkeit gesellschaftlicher Planung werde – klassisch marxistisch – vom Stand der Produktivkräfte abhängig gemacht. Hiergegen plädieren die beiden für eine „*Politisierung* der zukünftigen Forschung zur demokratischen Wirtschaftsplanung“⁴. Vergesellschaftung und gesellschaftliche Planung sollten als demokratischer Prozess begriffen werden. Mit Blick etwa auf die Frage der Bedürfnisbefriedigung müsse der Fokus von „technischen Lösungen der Bedürfnisaggregation auf radikaldemokratische Institutionen der Bedürfnisaushandlung gelenkt“⁵ werden.

Einer solchen Forderung – Vergesellschaftung und Planung als einen zusammenhängenden (polit-ökonomischen) Prozess zu begreifen – wäre unbedingt zuzustimmen, wenn sie denn von Berfelde/Blumenfeld selber inhaltlich ausgestaltet worden wäre. Leider verbleibt der Text auf einer sehr allgemeinen Ebene der Problemstellung. Zwar werden am Ende ihres Textes wichtige Fragen aufgeworfen: Wie kann die Kontrolle der Produzent*innen über die (Re-)Produktion ausgeübt werden? Wie kann Koordination ohne Märkte stattfinden? Wie werden vergesellschaftete Ressourcen verteilt? Wie werden Bedürfnisse ausgehandelt? Wie wird mit Konflikten zwischen Rationalisierung und Demokratisierung, Nachhaltigkeit und Produktivität, Effizienz und Transparenz umgegangen?⁶ Aber keine dieser Fragen wird beantwortet. Man kann sich nicht des Verdachts erwehren, dass von Berfelde/Blumenfeld lediglich der Schulterschluss von Aktivismus und akademischem Arbeiten gefordert wird – so als ob dieser nicht schon längst vollzogen wäre. Über den klassenspezifischen Zusammenhang von Aktivismus und akademischem Denken haben wir bereits in unserem Bericht zur Vergesellschaftungskonferenz an der TU Berlin 2022

3 S. 185

4 S. 189

5 S. 190

6 Vgl. S. 190f.

geschrieben.⁷ Hier sei nur so viel gesagt: Die politische Linke – vor allem der Kern der Berufsaktivist*innen – setzt sich heute weitgehend aus der Mittelklasse zusammen. Viele verrichten vorwiegend geistige Arbeit (oder werden es einmal tun), sind Angestellte, Beamte, Selbstständige oder Freiberufler. Die meisten von ihnen haben eine akademische Ausbildung erfahren oder haben zumindest ein paar Semester studiert. Linke Akademiker*innen und Aktivist*innen gehören größtenteils dem gleichen sozialen Milieu an und der Staat ist ihr größter Geld- und Arbeitgeber. Uns liegt es fern, dies den Protagonist*innen zum Vorwurf zu machen, doch sollte nicht die materialistische Erkenntnis vergessen werden, dass jede gesellschaftliche Position auch eine ganz bestimmte Sicht auf die Gesellschaft mit sich bringt, die auch die Vorstellungen von Politik und politischem Handeln, das Verhältnis zum Staat mit einbegriffen, entscheidend prägt. Dies wird von Akademiker*innen wie Aktivist*innen nur wenig reflektiert.

Ein Paradebeispiel ist der Begriff der Vergesellschaftung, der inzwischen zum Standardrepertoire der deutschen Planungsdiskussion zählt: Zur leitenden Parole wurde er durch die Kampagne *Deutsche Wohnen & Co. Enteignen*. Von dort ausgehend haben sich inzwischen andere Initiativen gebildet, die die Energieversorgung oder den öffentlichen Nahverkehr vergesellschaften wollen, was in der linken Intelligenzija großen Beifall findet. Aber abgesehen von der Tatsache, dass diese Initiativen ihren (durchaus wünschenswerten) Erfolg noch unter Beweis stellen müssten, zeigt sich darin auch ein deutlich ambivalentes Verhältnis zum Staat. Obwohl offenkundig wurde, dass der Berliner Senat auf den Willen der Mehrheit, der sich in dem Volksentscheid kundtat, einen Dreck gibt, will man weiter auf diesem Wege arbeiten, will man die Vergesellschaftung auf gesetzlichem Wege durchführen und glaubt dabei, das Grundgesetz auf seiner Seite zu haben. Was soll aber anderes dabei herauskommen als eine verschleierte oder softe Form der Verstaatlichung? Solche Formen des Gesellschaftseigentums wären nichts anderes als staatlich geduldete und bürokratisch durchregulierte Sphären, ganz ähnlich der unter Linken so beliebten Sphäre der Zivilgesellschaft, die um demokratische Gremien bloß ergänzt würden. Oftmals bleibt dabei völlig unklar, ob eine solche Vergesellschaftung strategisch verstanden wird im Sinne einer langfristig angelegten Transformation (wie es so schön heißt) oder ob sie selber das Ziel ist. Die Behauptung, beides sei ein einheitlicher Prozess, täuscht eher darüber hinweg, als dass sie Klarheit schafft, zumal die Rolle des Staates in diesem Prozess konsequent unbeachtet bleibt.

In keinem der in der PROKLA-Ausgabe abgedruckten Texte wird die Rolle des Staates klar benannt. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang etwa das Konzept von Jakob Heyer und Walther Zeug, das sie in ihrem Beitrag *Ökobilanz und kybernetische Wirtschaftsplanung* vorstellen. In aller Kürze wird hier ein Modell einer ganzheitlichen kybernetischen Planwirtschaft entworfen, das für Laien (wie uns) in dieser Kürze nur sehr schwer nachvollziehbar ist. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass ihr Modell eine globale gesamtwirtschaftliche Komplexität, inklusive Umweltbedingungen, abzubilden und zu regulieren beansprucht. In ihrem Rechenmodell sollen nicht nur Arbeitszeiten, sondern auch gesellschaftliche Bedarfe, Ressourcenpotenziale und deren „planetare Grenzen“ sowie Emissionen dargestellt und als relevante Planungsgrößen dienen. Dabei werden drei Ebenen der Planung unterschieden: 1. Eine Ebene der „zentralen Planung“, auf der „allgemeine Prioritäten, Entwicklungsrichtung, Investitionen, universelle Basisdienste und planetare Grenzen demokratisch bestimmt und festgelegt“ sowie „Proportionen und Parameter für Sektoren und Regionen aufgeschlüsselt“⁸ werden sollen. Eine solche könnte sicherlich nur auf einer politischen Meta-Ebene (globaler, nationaler Rahmen o.ä.) angesiedelt sein. 2. Eine Ebene der „holistischen Gesamtrechnung“, die eine „transparente Methode der gesellschaftlichen Buchführung“⁹ sein soll. Auf dieser sollen dann aufgrund in Echtzeit akquirierter Inputdaten Modellierungen vorgenommen werden, die nicht nur Arbeitszeiten, sondern auch Ökobilanzen

7 Siehe: <https://arbeitszeit.noblogs.org/post/2022/11/14/vergesellschaftung-oder-der-hype-um-deutschewohnen-enteignen/> Stand: 23.08.2024

8 S. 279.

9 S. 280.

berücksichtigen. Wo und in welcher Weise diese Ebene in der Gesellschaft verankert ist, bleibt unklar. Gedacht wird ein „verschachteltes Modell des gesamten Produktionsprozesses“, das „sowohl lokale Bottom-up- als auch globale Top-down-Elemente gleichberechtigt integrieren“¹⁰ soll. 3. Zu guter Letzt kommt dann die Ebene der „dezentralen Planung, Produktion und Konsumtion“. Hier dürfen dann „demokratisch selbstverwaltete Unternehmen“ planen und koordinieren. Allerdings wirtschaften sie nur „außerhalb des zentral geplanten Sektors“ und „berücksichtigen dabei die Makropläne“¹¹. Dieser ganze Prozess soll durch sogenannte Tokens, also Währungseinheiten, vermittelt sein, die sowohl die zwischenbetriebliche Verteilung der Produktionsmittel als auch die Konsumtion der Endverbraucher*innen budgetieren. Fraglich bleibt, was die selbstverwalteten Betriebe tatsächlich überhaupt noch eigenständig planen dürfen, wenn die beiden ersten Ebenen im Grunde schon alles im Voraus berechnet haben und dann nur noch zugeteilt wird. Und wer fasst die Beschlüsse und führt die Berechnungen in den höheren Planungsebenen durch? Auch wenn das Wort „demokratisch“ an dieser Stelle natürlich nicht fehlt, legt schon die Komplexität dieses kybernetischen Berechnungsmodells die Vermutung nahe, dass am Ende Expert*innen das letzte Wort haben werden. Zwar betrachten sie ihr Modell nur als „Informationsgrundlage für diese letztlich menschlichen und politischen Entscheidungen“, aber die Gefahren einer Technokratie oder der Bürokratisierung von Entscheidungsverfahren werden doch auffällig wenig thematisiert (in keinem der Beiträge). Versprochen wird dafür ein umfassendes – also holistisches – Berechnungsverfahren, das auf alle möglichen Probleme eine Antwort zu finden beansprucht. Politik wird tendenziell in Wissenschaft aufgelöst. Das zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass Heyer/Zeug ihr Konzept noch einmal einer „tatsächliche[n] Validierung in einem simulierten Modellversuch“¹² unterziehen wollen. Auch das Commons-Institut rühmt sich ja damit, dass ihre Theorie einer ähnlichen computergestützten Prüfung standhielt.¹³ Solche Versprechen (wie sie gerade auch für andere sog. cybersozialistische Ansätze typisch sind) bezeichnet Niclas O’Donnokoé in seinem Einspruchsbeitrag *Von der Wägbarkeitsillusion zur unwägbareren Deliberation* zurecht als „solutionistisch“, also von der „Machbarkeitsillusion angetrieben“, „drängende Probleme und Krisen seien insbesondere durch technische Innovationen lösbar. [...] Solutionismus ist maßgeblich von Hoffnung getrieben.“¹⁴ Uns scheint es aber, dass Solutionismus weniger von Hoffnung getrieben ist, als von einer intellektuellen Allmächtsphantasie, wie sie im Bereich der Wissenschaften nicht unüblich ist. Die Projektionsfläche solcher Phantasien ist naturgemäß der Staat, der als Gewaltmonopol überhaupt die Mittel besäße, eine solche gesamtgesellschaftliche Planung und Organisation ad hoc durchzuführen. Auf diese Wahlverwandtschaft von Solutionismus und Staat kommt auch O’Donnokoé zu sprechen und schlägt mit Blick auf eine revolutionäre Transformation eine an Erik Olin Wright angelehnte „Kombination“ vor „aus regulierender staatlicher Politik und einer anarchistischen Aushöhlung des Kapitalismus, die in einem Aufbau selbstverwalteter Parallelstrukturen besteht, wobei die staatliche Politik für letztere bessere Rahmenbedingungen zu schaffen versucht.“ Immerhin wird damit das für die sozialistische Theoriebildung einmal wichtige „Absterben des Staates“ ins Auge gefasst. Dennoch hat man auch hier den Eindruck, dass der Staat lediglich als ein Apparat, oder vielmehr als ein Instrument aufgefasst wird, das man zu beliebigen Zwecken verwenden könne. Dass der Staat in erster Linie ein Gewalt- und Herrschaftsapparat ist, der das Ergebnis bestimmter – kapitalistischer –

10 Ebd.

11 S. 282.

12 S. 284.

13 Vgl. Stefan Meretz: <https://www.streifzuege.org/2024/demokratischer-arbeitszwang/> Stand: 23.08.2024.

Geradezu irritierend ist dabei der Umstand, dass Autor*innen, die aus einer wertkritischen Richtung kommen, für die Abstraktion, Rechnen und Quantifizierung an sich schon meist von Übel sind – auch Heyer und Zeug referieren in ihrem Aufsatz Otto Neuraths Kritik an einer allgemeinen Recheneinheit im Sinne der Inkommensurabilität qualitativ verschiedener Güter (S.269/289) –, dass solche Autor*innen sich nun von Einsen und Nullen beweisen lassen müssen, ob ihr Modell tatsächlich funktioniert.

14 S. 302.

Produktionsverhältnisse ist, wird maßlos unterschätzt von denen, für die der Staat nur eine große Fürsorgeanstalt und ein gesamtgesellschaftlicher Regulator ist, den man im Grunde einfach nur durch soziale Bewegungen in die richtige Richtung treiben müsse. Weil man das aber nicht offen zugeben kann oder will, schreckt man vor allzu rohen leninistischen Parolen vom Kampf um die Macht im Staat zurück und garniert stattdessen das politische Vokabular mit (vulgär-)gramscianischen Schlagworten, wie: Hegemonie, Zivilgesellschaft, Kräfteverhältnisse und Aushandeln, die wenig Aussagekraft über die konkreten materiellen Bedingungen einer sozialistischen Vergesellschaftung der Produktions- und Gewaltmittel besitzen. Die Demokratie wird jedenfalls nicht dadurch demokratischer, dass man sie radikale Demokratie nennt.

Die entscheidende Frage für eine Diskussion über demokratische Planwirtschaft sollte doch die sein, durch welche gesellschaftlichen Bedingungen die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums durch diejenigen geregelt wird, die ihn produzieren und konsumieren – und zwar so, dass die Produzent*innen nicht mehr Objekte gesellschaftlicher Planung sind, sondern Subjekte dieser Planung werden? Wie kann Demokratie unmittelbar in der Produktion verankert sein, nicht als Farce im Sinne etwa von Mitbestimmung, sondern als Arbeiter*innenselbstverwaltung? Und wie muss diese Selbstverwaltung organisiert sein? Welcher Instrumente kann sie sich bedienen, sodass die übergreifenden Strukturen, die aus ihr erwachsen – und die wir durchaus für notwendig halten – die Macht der Produzent*innen nicht auf ein wünschenswertes Maß zurechtstutzt, sondern Ausdruck ihrer organisierten Interessen bleiben? Das sind Fragen, die sich zweifellos nicht ohne Weiteres in der reinen Theorie lösen lassen werden, doch sollten diese Fragen unserer Ansicht nach den Leitfaden für das theoretische Arbeiten und auch für die politische Praxis bilden. Es war die GIK, die erstmalig die politische Idee der Räte- und Planwirtschaft mit den Fragen wirtschaftlicher Planung und Kalkulation in Verbindung brachte. Bezeichnenderweise findet diese bei Berfelde/Blumenfeld in ihrem historischen Abriss der Planungsdebatte der 1920er keine Erwähnung, obwohl ihr Werk genau diesem Zeitkontext entstammt und diese Debatte gewissermaßen abschließt.

Im Übrigen kritisieren wir den Staatssozialismus nicht, weil wir ihn für unrealistisch halten – angesichts der gegenwärtigen Lage in Gesellschaft, Wissenschaft und Politik, die linken Diskurse mit einbegriffen, halten wir ihn sogar für das wahrscheinlichste Szenario. Für kritikwürdig halten wir ihn aber vor allem deswegen, weil seine Vertreter*innen das Problem der gesellschaftlichen Entfremdung – das für Marx einmal im Mittelpunkt seiner theoretischen Überlegungen stand – nicht einmal beim Namen nennen.

Arbeit und Zwang

In eine ähnliche Richtung wie die unsere drängt zumindest Simon Sutterlütis Beitrag *Das Ende der (Lohn-)Arbeit*, mit dem Unterschied, dass er die Lohnarbeit als solche in den Mittelpunkt seiner scharfen Kritik an neueren Planwirtschaftskonzepten rückt. Das ist insofern völlig richtig, als dass Lohnarbeit, nach Marx, Arbeit in entfremdeter Form ist. Sie setzt die Trennung der Produzent*innen von ihren Produktionsbedingungen und von ihrem Produkt, die Trennung von Arbeit und Eigentum voraus. Das ist aber für Sutterlütis gar nicht der ausschlaggebende Punkt. Das vordergründige Problem ist für ihn, dass Lohnarbeit letztlich auf Arbeitszwang beruhe und die Logik des Tauschwertes in der Arbeit verankere: „Im Kapitalismus müssen Menschen ihre Arbeitskraft verkaufen, um Güter zu erhalten. Kritik hieran fokussiert auf Unfreiheit, eine disziplinarisch-konsumistische Subjektivierung, Abspaltung von Care-Arbeit und zentral: die Herrschaft des Tauschwertes über den Gebrauchswert.“¹⁵ Durchaus treffend kann er anhand einer kurzen Analyse der ökonomischen Probleme des real-existierenden Sozialismus zeigen, wie die Beibehaltung der Geldwirtschaft, und damit der Tauschwertlogik sowie der Lohnform, zu tiefgreifenden Konflikten und Verwerfungen innerhalb der staatlich gelenkten Planwirtschaft führten: Die Betriebsleitungen seien vorwiegend an den Prämien interessiert gewesen, die man ihnen auszahlte, wenn sie die von

15 S. 224.

den Planungskommissionen gemachten Vorgaben (über-)erfüllten, während die Arbeiter*innen vor allem daran interessiert gewesen seien, für ihren bescheidenen Lohn mit möglichst geringer Anstrengung zu arbeiten. Gleichgültigkeit gegenüber den höheren betrieblichen Interessen und Planvorgaben habe das Verhältnis der Arbeiter*innen zu ihrem Betrieb in erster Linie gekennzeichnet. Die Betriebsleitungen mussten indessen mit der tatsächlich geringeren Arbeitsleistung irgendwie umgehen, indem sie ungenaue oder falsche Angaben hinsichtlich der betrieblichen Auslastung und Produktivität machten, was wiederum zu einer disproportionalen Verteilung von Ressourcen und der Entstehung von Schattenmärkten führen konnte. „Der Widerspruch zwischen dem Staatsziel von hohem Output und dem Betriebs- und Arbeiterziel mit niedrigen Outputs konnte nur durch den ‚Planpoker‘ [...] gelöst werden [...].“¹⁶ Die gesamte Ökonomie sei dadurch an allen Enden von einem „isolierten Egoismus des Tauscherts“ durchherrschert gewesen und es klafte ein „gigantischer Widerspruch zwischen Arbeiter*innen, Betrieben und Staat, der in den Betrieben als Klassenverhältnis“ erschien.¹⁷

Sutterlütti kann daran anschließend weitgehend überzeugend darlegen, dass auch zeitgenössische markt- bzw. staatssozialistische Ansätze mit den geschilderten Widersprüchen und Problemen zu kämpfen hätten, solange sie sich nicht von Tauschwertlogik und Lohnarbeit verabschieden würden. Exemplarisch führt er dies an den Modellen von Cockshott/Cottrell und Pat Devine vor, worauf wir hier im Einzelnen nicht eingehen können. Schließlich kommt er zu dem Ergebnis: Beide Konzepte befürworten „mehr Demokratie, Dezentralität, Marktelemente und nutzen neue technische Mittel, aber wiederholen schlussendlich den Basisfehler des Realsozialismus im 20. Jahrhundert. Sie errichten wieder eine kapitalistische Übergangsgesellschaft, die fundamental das gleiche Versprechen für die Subjekte bereithält (Konsum gegen Arbeit) und dabei Reduktion des Arbeitskommandos mit Ineffizienz und schlechterer Versorgung bezahlt.“¹⁸ Der von uns und der GIK vertretene Ansatz wird in diesem Kontext nicht namentlich erwähnt, doch aus anderen Debatten mit Vertreter*innen des Commonismus ist uns hinreichend bekannt, dass sie diesen Ansatz entschieden ablehnen, weil auch hier geleistete Arbeit mit Arbeitszertifikaten vergütet wird, die (zunächst) den Anteil der Arbeiter*innen am Konsum bestimmen. Da dies eine formale Gemeinsamkeit mit der Lohnform ist, betrachten sie Arbeitszertifikate als Lohn und die Arbeitszeitökonomie als ein Regime des „demokratischen Arbeitszwangs“.¹⁹ Mit Blick auf Cockshott/Cottrell und ihr Buch *Towards a New Socialism*, in dem sie für eine Leistungsvergütung in Form von Arbeitszertifikaten plädieren, schreibt Sutterlütti pointiert: Das „primäre Interesse“ der Arbeiter*innen, „zu arbeiten, ist der Tauschwert, der als Lohn beziehungsweise Arbeitszeitgutschein erscheint.“²⁰ Tatsächlich ist dieses Urteil bezüglich Cockshott/Cottrell zutreffend, aber aus tiefer liegenden Gründen, zu denen Sutterlütti in seinem Aufsatz nicht wirklich vordringt.²¹ Schuld daran hat nicht ein ominöser, alles durchherrschender Wert, sondern die vorausgesetzten Produktions- und Eigentumsverhältnisse.

Marx hat im *Kapital* unmissverständlich klargemacht: Damit die Arbeitsprodukte Waren-, und damit Wertform annehmen können, müssen sie Produkte privater Arbeiten sein, die für den Austausch produziert worden sind. Ob sie damit auch gesellschaftliche Produkte sind, d.h. ein wirkliches Bedürfnis befriedigen, erweist sich erst dann, wenn das Produkt auch wirklich gekauft wird. Die Gesellschaftlichkeit des Produkts macht sich also erst ex post geltend, mit allen verheerenden Konsequenzen, die eine solche marktwirtschaftliche Organisation der Produktion mit

16 S. 228.

17 Ebd.

18 S. 234.

19 Vgl. S. 232. In jüngster Zeit hat der von Sutterlütti an dieser Stelle zitierte Stefan Meretz in seinem bereits oben zitierten Text diese These noch einmal behauptet. Siehe hierzu unsere Replik unter:

<https://arbeitszeit.noblogs.org/post/2024/06/24/abschaffung-des-arbeitszwangs/> Stand: 23-08.2024

20 S. 230.

21 Hierzu ausführlicher unsere Doppelrezension zu Cockshott/Cottrell/Dapprich unter:

<https://arbeitszeit.noblogs.org/post/2023/08/28/arbeitszeitrechnung-von-oben/> Stand: 23.08.2024

sich bringen kann, ganz zu schweigen von dem Umstand, dass als Bedürfnis nur die zahlungsfähige Nachfrage gilt. Damit aber die Arbeitskraft selbst Warenform annehmen kann, muss noch etwas viel Weitergehendes geschehen; nämlich die bereits oben erwähnte Trennung der Produzent*innen von den Produktionsbedingungen, die Enteignung der großen Masse von Menschen und ihre Verwandlung in Lohnabhängige. Die Produktionsmittel (Boden, Rohstoffe, Maschinen) verwandeln sich indessen in kapitalistisches Privateigentum (Kapital), das durch die Verwertung von Arbeitskräften stetig wächst und erweitert wird, aber nur zum Zwecke der Aneignung des Mehrwerts. Man mag daher die Marxsche These, dass die Entwicklung der Produktivkräfte unterm Kapital notwendige Bedingung einer sozialistischen Produktionsweise ist, mit moralischer Entrüstung ablehnen (so ja auch wieder bei Berfelde/Blumenfeld), aber Fakt ist: Der Kapitalismus hat erstmals die Arbeit im globalen Maßstab vergesellschaftet, wenn auch in negativer Form, d.h. unter der Maßgabe privater Aneignung. Als solche ist Vergesellschaftung eine Produktivkraft sui generis (große Kooperation und Arbeitsteilung) und Voraussetzung jeder weiteren Vergesellschaftung. Die Wertkritiker*innen drehen nun aber den Spieß um und skandalisieren, dass die Menschen durch Arbeit vergesellschaftet seien, so, als könnte man Menschen durch alles Mögliche vergesellschaften. Entsprechend dieser Verkehrung glauben Sutterlütti et al., dass das Wesen der Lohnarbeit darin bestehe, dass man Arbeiten müsse, um konsumieren zu dürfen. Das ist natürlich ein tatsächlicher Effekt der Lohnarbeit, der tagtäglich die Existenz unzähliger Lohnabhängiger bedroht oder gar vernichtet. Aber auch hier liegen die Ursachen tiefer. Bekanntlich bezeichnete Marx die Lohnarbeiter*innen als doppelt frei: Frei in dem Sinne, dass sie ihre Arbeitskraft frei verkaufen können, aber auch frei von allen Mitteln der (Re-)Produktion und Subsistenz, sodass sie schließlich gezwungen sind, *für andere* zu arbeiten.²² Und das ist das Entscheidende, denn hier kommt die Entfremdung ins Spiel. Lohnarbeit ist Arbeit für Fremde, Arbeit unter fremden, heteronomen Bedingungen, Arbeit, die fremd angeeignet wird. Und nicht nur das: Sie ist Arbeit, die zum Zwecke der Produktion von Mehrwert, der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit, angewandt wird, sodass die Mehrarbeit die entfremdenden Bedingungen der Arbeit setzt.²³ Nicht die Lohnarbeit setzt die Tauschwertlogik, sondern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse setzen die Tauschwertlogik, deren Folge die Lohnarbeit ist. Besäße aber die Arbeiter*in ihre eigenen Produktionsmittel, wäre sie dennoch gezwungen zu arbeiten, bevor sie etwas konsumieren könnte. Für Marx – um es an dieser Stelle zu wiederholen – ist die Beziehung der Arbeit zum Eigentum das Wesentliche. Nicht, ob gearbeitet wird, sondern *wie*, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen. Von daher hat jede Utopie, die glaubt, man könne Arbeit frei von jeglichen Zwängen organisieren, nur wenig mit der Marx'schen Gesellschaftslehre oder mit einer materialistischen Theorie überhaupt gemein. Wir wollen nicht soweit gehen, den Commonist*innen solche Naivität in Gänze zu unterstellen, aber etwas mehr begriffliche Klarheit wäre an dieser Stelle angezeigt. Schon der Titel von Sutterlütts Aufsatz *Das notwendige Ende der (Lohn-)Arbeit* zeigt den Hader vieler Wertkritiker*innen mit dem Begriff der Arbeit an, dem nur in einer differenzierten dialektischen Darstellung beizukommen wäre, wie sie von Marx in seinen polit-ökonomischen Schriften weitgehend geleistet worden ist.

Aus der Verschiedenheit dieser Beziehungen von Arbeit und Eigentum ergeben sich nämlich die verschiedenen Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse, auf denen die geschichtlichen Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen fußen. Abgesehen von der Periode einiger archaischer Gemeinwesen waren diese Produktionsverhältnisse zumeist unmittelbar auch Herrschaftsverhältnisse, die auf der Aneignung fremder Mehrarbeit beruhten. Unter kapitalistischen Bedingungen wird diese Mehrarbeit durch vorwiegend ökonomischen Zwang in Form des Mehrwerts angeeignet. Die Trennung der Produzent*innen von den Produktionsbedingungen ist dafür die wesentliche Voraussetzung. Auch das wurde schon gesagt. Entscheidend für die historische Einordnung der Sowjetunion und des Staatssozialismus im Allgemeinen ist nun die

22 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1, MEW 23. Berlin. 2005. S. 183.

23 Ebd. S. 250.

Erkenntnis, dass auch im Staatssozialismus eine solche Trennung der Produzent*innen von den Produktionsbedingungen stattfand, mit dem Unterschied, dass der Staat Eigentümer der Produktionsmittel gewesen ist. Oder wie es der linke DDR-Oppositionelle Fritz Behrens einmal schrieb: „Das Staatseigentum ist noch kein gesellschaftliches Eigentum, sondern noch eine Form privaten Produktionsmitteleigentums, weil alle ökonomischen Entscheidungsbefugnisse – und daraus folgend auch die politischen – und Aneignungsbefugnisse nicht bei den Produzenten selbst liegen, sondern bei einer über die staatlichen Machtmittel verfügenden Politbürokratie. Die Produzenten sind immer noch oder schon wieder von den objektiven Bedingungen ihrer Produktion getrennt, ihre Arbeit ist Lohnarbeit, Arbeit für den Staat.“²⁴ Die Lohnarbeit wird hier richtig als eine Folge der Produktionsverhältnisse betrachtet. Ebenso müsste auch die Wertgegenständlichkeit der Produkte als eine Folge dieser Produktionsverhältnisse betrachtet werden. Die Marktkonkurrenz wurde hier nicht einfach „suspendiert“²⁵, wie es Sutterlütti u.a. in Anknüpfung an Robert Kurz behauptet. Man müsste mit Blick auf die Fortsetzung der Geldrechnung im Allgemeinen sowie dem ganzen System von Stücklöhnen, Prämien etc. vielmehr von „geplanten Märkten“ sprechen – eine Formulierung, die ebenfalls Kurz entnommen ist.²⁶

Der Kritik Sutterlüttis an den verschiedenen Konzepten von Planwirtschaft, ihr Fehler sei, dass sie alle weiterhin die Lohnarbeit beibehalten wollten, ist daher nur insoweit zuzustimmen, als sie alle entweder das Privateigentum (worunter auch das genossenschaftliche Eigentum zu zählen wäre) oder das Staatseigentum an Produktionsmitteln oder auch Mischformen davon favorisieren. Damit würden mit großer Wahrscheinlichkeit auch entfremdete Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbeziehungen reproduziert werden. Die von Sutterlütti beschriebenen Entfremdungsphänomene wie Betriebsegoismus, Gleichgültigkeit gegenüber dem Betrieb sowie der eigenen Tätigkeit etc. würden sich unter diesen Bedingungen vermutlich tatsächlich reproduzieren und von dort aus auch auf die privaten Beziehungen der Menschen übergreifen und sie anhaltend vergiften. Hiergegen richtet sich eben das Konzept der GIK, das konsequent den Standpunkt der Produzent*innen einnimmt und auf der Selbstverwaltung der Betriebe in Arbeiter*innenräten beharrt. Dabei dürfen die Arbeiter*innen aber nicht Eigentümer*innen der Betriebe sein, sondern diese nur stellvertretend für die Gesellschaft verwalten. Im Übrigen sollte dies schon so gedacht werden, dass die Menschen Teil mehrerer, sehr unterschiedlicher Betriebskollektive sein können, denn auch die Überwindung der „knechtende[n] Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit“²⁷ muss das langfristige Ziel einer sozialistischen Gesellschaft sein. Vergesellschaftetes Eigentum bedeutet hier, dass niemand mehr Eigentümer ist und alle sich soweit an der Gestaltung des jeweiligen Betriebslebens beteiligen, als sie ein aktiver Teil davon sind. Wir glauben, dass wir in diesem Punkt mit den Commonist*innen weitgehend übereinstimmen. Der große Zankapfel ist ja die Frage der Arbeitszertifikate, also die Notwendigkeit einer Arbeitszeitrechnung im Konsum. Das wäre für die Commonist*innen analog zur Lohnarbeit Arbeitszwang. Dagegen fordern sie eine Arbeitsorganisation auf der Basis von Freiwilligkeit. Allerdings wird mit Blick auf die Arbeitszertifikate nur selten verstanden, dass sich darin die Beziehung der Produzent*innen zu ihrem gesellschaftlichen Produkt für alle sichtbar ausdrückt. Hermann Lueer hat das in einem kürzlich gehaltenen Vortrag folgendermaßen formuliert: „Diese oberflächliche Betrachtung – Geldscheine sind Scheine, Arbeitsscheine sind Scheine und beide vermitteln den Zugriff auf Produkte – übersieht, dass Geld und Arbeitsscheine ihrem Begriff nach keine Gegenstände sind,

24 Fritz Behrens: Über Alternativen (1977). In: Günther Krause / Dieter Janke (Hrsg.): „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein...“ Texte von und über Fritz Behrens. Hamburg, 2010. S. 150.

25 Vgl. S. 227f.

26 Genau genommen stammt der Begriff von Kurt Hübner, mit dem Kurz in der Konkret schon 1990 eine Debatte über Markt- und Staatssozialismus führte.

Vgl. <https://www.exit-online.org/textanz1.php?tabelle=autoren&index=38&posnr=694&backtext1=text1.php>
Stand: 23.08.2024.

27 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. Siehe:

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1875/kritik/randglos.htm#n1> Stand: 23.08.2024.

sondern *Ausdruck unterschiedlicher Produktionsverhältnisse*.²⁸ Die Zwecke, die die konsequente Durchführung der Arbeitszeitrechnung, sowohl in der betrieblichen Planung als auch bei der Aneignung von Konsumgütern, erfüllen, sind vielfältig. Der allererste ist jedoch derjenige, dass dadurch jede Aneignung von Mehrarbeit, also Herrschaft und Ausbeutung unmöglich gemacht werden sollen. Ferner muss jede Arbeitsstunde gleich zählen. Dadurch soll materielle Gleichheit im weitesten Sinne hergestellt werden. Nicht im Sinne von Uniformität in der Lebensweise und dem Zugriff auf standardisierte Konsumprodukte, sondern insofern, als keine Tätigkeiten mehr gegenüber anderen materiell privilegiert werden. Einerseits wird dadurch Diskriminierung durch unterschiedliche Arbeitsvergütung verhindert, andererseits entfallen hierdurch zweckfremde Motive für die eigene Ausbildung, wie etwa die Aussicht auf eine gut bezahlte Führungsposition. Wir glauben, dass solche „Grundprinzipien“ zu den Leitlinien sozialistischer Politik unbedingt gehören müssen, weil sie den handfesten Interessen von Menschen in lohnabhängiger Beschäftigung hier und heute entsprechen, und deren ständige Missachtung nur ihren Frust und ihre Ressentiments nähren wird: Dass man seine Arbeit sachgerecht, unter sicheren Arbeitsbedingungen und in kollegialer Absprache vollbringen kann, ohne dass irgendwelche fachfremde Idioten „von oben“ dazwischenfunken, und dass sich niemand auf Kosten anderer mehr bereichert. Auch hier fällt wieder auf, dass keiner der Texte in der PROKLA diese Fragen – der materiellen Gleichheit – auch nur für erwähnenswert hält.

Daneben bilden die Arbeitszertifikate auf der Basis gleicher Arbeitsstunden eine transparente und objektive Grundlage zur Verständigung. Eine solche fehlt in commonistischen ebenso wie in anarchistischen Ansätzen. Dass dies zu Problemen führen könnte, wird immerhin gesehen, denn auch Sutterlütti ist des Problems bewusst, dass sich, auch wenn Arbeit auf der Grundlage reiner Freiwilligkeit organisiert wäre, dennoch gewisse sachliche Zwänge geltend machen könnten: Dies führt er aus mit Blick auf die unangenehmen Arbeiten. Über diese müsse sich verständigt werden, denn der „Konflikt um unbeliebte Arbeit“ könne nun nicht mehr „durch monetäre Anreize abgekürzt werden.“²⁹ Dadurch, dass man diese Arbeiten nicht mehr einfach durch Lohnanreize wegdelegieren könne, müsse sich die Gesellschaft überlegen, wie man diese Arbeiten technisch verbessern oder gegebenenfalls wegrationalisieren könnte. Verfahren des rotierenden Wechsels zieht er ebenso in Betracht wie die Reduktion von unangenehmen Aufgaben entlang von Priorität und Suffizienz, womit letztlich gemeint ist: Wenn niemand die Aufgabe übernehmen will, ist uns das Produkt wohl auch nicht wichtig genug. Dass es heutzutage eher die unangenehmen Arbeiten sind, die auch schlecht vergütet werden, wird dabei verschwiegen. Ein Verfahren wie das Prinzip der gleichen Stunde würde solche Arbeiten, sofern sie nicht ad hoc zu rationalisieren sind, immerhin auf einen Schlag den sogenannten angenehmen Tätigkeiten – welche immer das auch sein sollen – für alle sichtbar gleichstellen. Doch dies nur nebenbei, denn im Prinzip stimmen wir ja Sutterlütti zu und er muss selbst erkennen, dass es hier um „Fragen einer Zeitpolitik“ geht, schließlich um die Frage: „Wie viel Konsum wollen wir, wie viel Arbeitszeit bedeutet das?“³⁰ Genau diese Frage versucht die Arbeitszeitrechnung zu lösen – und zwar auf einer Grundlage, die alle nachvollziehen können und jederzeit einsehbar ist und dabei zugleich formale wie materiell gleiche Bedingungen setzt. Keine Zeitpolitik ohne eine Ökonomie der Zeit.

Da der Commonismus diese Frage nicht konsequent zu Ende denkt, sondern davon ausgeht, der gesellschaftliche Zusammenhang werde sich durch ein polyzentrisches Netzwerk von Absprachen und freien Vereinbarungen ergeben, wobei sogenannte Meta-Commons bei der Konfliktvermittlung helfen sollen, liefert er sich allzu leicht der Kritik seiner moderateren Gegner aus. So beendet Christoph Sorg etwa seinen Text mit der Anmerkung, dass eine „komplette Sphärenüberwindung im Sinne des Commonismus, in der es keine finanziellen Belohnungen für ungeliebte Tätigkeiten“ gäbe, Mechanismen bräuchte, „die eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen Angebot an und

28 <https://arbeitszeit.noblogs.org/files/2024/05/Lueer-Hermann-Vortrag-ISF-7.5.24.pdf> Stand: 08.07.2024

29 S. 241.

30 Ebd.

Nachfrage nach Tätigsein und Tätigkeiten herstellen. Dafür bräuchte es wiederum grundlegend andere Subjekte, deren Konstitution zu viele unsichere Variablen mit sich bringt, um sie mit Gewissheit vorherzusagen.“³¹ Der Commonismus setzt scheinbar moralisch völlig anders geartete Menschen voraus. Er begründet sich ja auch explizit anthropologisch, nämlich auf einem Menschenbild, wie es von der Kritischen Psychologie entwickelt worden ist. Im Übrigen halten wir die Erkenntnis der Kritischen Psychologie durchaus für richtig, nach der der Kapitalismus die konsumtiven, „sinnlich-vitalen“ Bedürfnisse auf Kosten der „produktiven“ Bedürfnisse des Menschen entwickelt, die durch die entfremdete Form der Lohnarbeit weitgehend verkümmern.³² Doch das bedeutet nicht, dass sich das alles schon irgendwie von selbst regeln wird, wenn man die Menschen nur machen ließe. Auf die verheerenden ökonomischen Folgen einer solchen Haltung macht auch Max Grünberg in seinem Beitrag aufmerksam: „Bei anhaltenden Konflikten sollen dann sogenannte ‚Konfliktlösungs-Commons‘ Abhilfe schaffen, die zur Mediation einbestellt werden können. Dennoch verfügen auch diese Institutionen über keine Autorität, einen Konflikt zu beenden (...). Damit sieht sich eine solche Wirtschaft einem stotternden Motor gleichend, permanenten und unvorhersehbaren Stockungen gegenüber. Wenn keine Entscheidung über die Verwendung des Stahls getroffen werden kann und nichts verteilt wird, dann werden ein Maschinenpark der Pharmaindustrie, die Stahlträger für den Wohnungsbau und Silos für die Landwirtschaft gleichermaßen betroffen sein.“³³ Wir werden auf diesen Punkt noch einmal zurückkommen. Entscheidend ist hier, dass der Commonismus zwar eine weitreichende Vision einer libertären Gesellschaft präsentiert, in seinen polit-ökonomischen Voraussetzungen jedoch oft wenig durchdacht ist und sich dadurch dem Vorwurf der Naivität preisgibt. Gewiss teilt er mit uns das Beharren auf der Notwendigkeit einer radikalen Veränderung der Eigentumsverhältnisse hin zu einer freien Assoziation der Produzent*innen, die ohne staatliche Fremdbestimmung und Bürokratie (also Herrschaft durch Verwaltung) auskommen soll. Allerdings unterschätzt er dabei die Frage, wie auf dieser Grundlage gesellschaftliche Objektivität zustande gebracht werden kann. Ihr Konzept von „Stigmergie“³⁴ scheint diese Leerstelle eher zu verdeutlichen, als dass es sie wirklich ausfüllen könnte. Ausschlaggebend für unsere Befürwortung der Arbeitszeitrechnung in der Produktion und Konsumtion ist die Frage, wie die arbeitenden Menschen einen übergreifenden Zusammenhang bilden können, durch den sie ihre verschiedenen Tätigkeiten als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erfahren und selbstbestimmt regeln können. Die Lösung dieser Frage halten wir für essentiell auch mit Blick auf den Umgang mit den reproduktiven Arbeiten in einer sozialistischen Gesellschaft.

Reproduktionsarbeit

Dem wichtigen Themenkomplex der Reproduktionsarbeiten widmet sich Christoph Sorg in seinem Beitrag *Postkapitalistische Reproduktion*. Dabei formuliert und kritisiert er zunächst die „Sphärentrennung“ innerhalb kapitalistischer Produktionsverhältnisse, wonach die verschiedenen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten in einen Bereich in Wert gesetzter und als legitim angesehener Erwerbs- und Lohnarbeit einerseits und in einen Bereich unbezahlter und tendenziell marginalisierter Haus- und Sorgearbeit andererseits unterteilt werden würden. Da Letzterer der Bereich ist, in den die Frauen historisch hineingedrängt wurden und der ihnen immer wieder kulturell zugewiesen wird, spricht Sorg im Hinblick auf diese Sphärentrennung explizit von einer Form geschlechtlicher Arbeitsteilung, die letztlich auch dafür Sorge, dass innerhalb der Erwerbsarbeiten eine geschlechtliche Segmentierung auftrete: Arbeiten und Arbeitsbereiche, die gemeinhin als Frauenarbeiten gelten – so vor allem etwa der Care-Sektor – würden nicht nur

31 S. 215.

32 Vgl. S. 225f.

33 S. 258.

34 Vgl. Simon Sutterlütti / Stefan Meretz: *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*. Hamburg. 2018. S. 175 – 181.

geringer vergütet, sondern auch kulturell abgewertet werden.³⁵ Dieses bekannte Theorem feministischer Gesellschaftskritik firmiert in der deutschen Debatte gelegentlich (wie auch bei Sutterlütti) unter dem Stichwort der geschlechtlichen Abspaltung. Die drei genannten Punkte – geschlechtliche Sphärentrennung, materielle Segmentierung und kulturelle Abwertung – bilden nach Sorg jedenfalls die Herausforderungen, denen sich jede Theorie demokratischer Planung stellen müsse. Aber gerade das geschehe in den einschlägigen Planwirtschaftskonzepten (Cockshott/Cottrell, Parecon, Devine, Laibman etc.) häufig nicht. Zurecht bemängelt er, dass sich viele dieser Konzepte hinsichtlich der Geschlechterproblematik durch Geringschätzung oder Missachtung auszeichneten. Im Gegenteil werde die Sphärentrennung zumeist stillschweigend vorausgesetzt – ein Punkt, den auch Sutterlütti hervorhebt. Diese gelte es aber langfristig zu überwinden. Sorg spricht hier von einer „Sphärentransformation“, was „sowohl für eine Verschiebung, Auflockerung oder Aufhebung von Sphärentrennung stehen“ könne.³⁶ Schon hier deutet er hinsichtlich der Transformation eine gewisse Offenheit an.

In Anknüpfung an Positionen von Nancy Fraser thematisiert Sorg in einem nächsten Schritt drei miteinander zusammenhängende Strategien für die genannte Sphärentransformation. Die erste Strategie könnte man als die klassisch sozialistische bezeichnen. Sie fordert umfassenden Zugang zur Erwerbsarbeit für Frauen als Gewähr ihrer materiellen Unabhängigkeit. Reproduktive Tätigkeiten sollen in diesem Modell weitestgehend dem häuslichen Bereich entzogen und durch einen starken öffentlichen Sektor vergesellschaftet werden. Allein für sich genommen wäre diese Strategie aber nach Sorg bloß eine „Universalisierung des männlichen Broterwerber-Modells“³⁷. Die zweite Strategie, die vor allem von italienischen Feministinnen formuliert wurde, fordert dagegen materielle Vergütung der Hausarbeit. Damit wäre die Hausarbeit nämlich der Erwerbsarbeit materiell gleichgestellt und als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt. Hier sieht Sorg aber die berechtigte Gefahr der Verhärtung der Strukturen geschlechtlicher Arbeitsteilung – Frauen könnten dann erst recht zu Hause bleiben wollen –, sofern diese Strategie nicht „in breitere Transformationsprozesse eingebunden ist.“³⁸ Die dritte Strategie, die Fraser explizit als Synthese der beiden ersteren verstanden wissen will, drängt auf eine humane Verallgemeinerung der Situation, in die viele Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung heute schon gezwungen werden: Teilzeitarbeit. Indem auch Männer nur noch teilweise der Erwerbsarbeit nachgehen, sollen sie sich die Hausarbeit mit den Frauen teilen und dadurch die Vergeschlechtlichung der jeweiligen Sphären überwunden werden: „Teilzeitarbeit soll normalisiert werden, die Lohnarbeitszeit soll generell drastisch gesenkt werden und öffentliche Sorgeinfrastruktur soll ohne die an sie gekoppelte Erwartung existieren, dass alle häusliche Sorgearbeit in diese verlagert werden soll. Ein Teil der gesellschaftlich notwendigen Sorgearbeit fände in Haushalten jenseits der heterosexuellen Kleinfamilie statt, andere in öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen. Auf dieser Basis könnte der geschlechtlich konnotierte Widerspruch zwischen Broterwerb und Sorgearbeit sukzessive erodieren und Geschlecht als soziales Ordnungsprinzip und kulturelle Institution überwunden werden.“³⁹ In dieser zuletzt genannten Strategie deutet sich letztlich schon eine Überwindung, nicht nur der geschlechtlichen, sondern der Arbeitsteilung überhaupt an. Dies ist für eine sozialistische, egalitäre Gesellschaft ein absolut wichtiger Punkt, der von Sorg, der dieses Modell zu favorisieren scheint, hätte weiter ausgeführt werden können. Eine konkrete Sphärentransformation sollte sich jedenfalls seiner Ansicht nach von vier maßgeblichen Zielen leiten lassen: Anstrengende (und vor allem häusliche) Sorgearbeit sollte reduziert werden; Sorgearbeit sollte grundsätzlich als materiell gleichwertig anerkannt werden; Sorgearbeit sollte zwischen den Geschlechtern umverteilt werden; Sorgearbeit sollte angenehmer gestaltet werden.⁴⁰

35 Vgl. S. 197 – 201.

36 S. 200.

37 S. 206.

38 S. 207.

39 Ebd.

40 Vgl. Ebd.

Im Fortgang seiner Darstellung werden dann technische Innovationen und Rationalisierungsmaßnahmen als Basis einer reproduktiven Technopolitik, das Wechselspiel von Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung von Sorgearbeit jenseits traditioneller Familienmodelle sowie damit einhergehend die Produktion neuer sozialer Normen, im Sinne einer Schaffung „neuer Rechtssysteme, die verschiedene Lebensmodelle als gleichwertig anerkennen“⁴¹, als strategische Hebel dieses Transformationsprozesses ausformuliert. Dabei lässt Sorg bewusst offen, inwieweit die von ihm formulierten Ziele im Einzelnen erreicht werden können oder inwiefern gesellschaftliche Strukturen und Institutionen konkret ausgestaltet sein müssten, um diese Ziele zu erreichen. Nicht nur sind für ihn durchaus vielfältige Lösungswege denkbar, sondern er trägt damit auch dem Umstand Rechnung, dass diese verschiedenen Ziele untereinander konfliktieren können und die unterschiedlichen Wertevorstellungen und Lebensentwürfe der Menschen mit Sicherheit zu Konflikten über die Frage der Organisation von Reproduktion und Sorgearbeit führen werden. Entscheidend ist für Sorg hier, dass diese Konflikte demokratisch ausgehandelt werden müssen, „statt diese einer autoritären Zentralplanung oder den Kräften des Marktes zu überlassen.“⁴² Wie er jedoch zu der Frage übergeordneter staatlicher Strukturen überhaupt steht, wie und wo die demokratischen Gremien in der Gesellschaft verankert sind, ob er eine materielle Vergütung in Geldform oder in Form von Arbeitsscheinen bevorzugt, bleibt, wie in den anderen Texten auch, weitgehend unklar. Einer scheinbar radikalen Lösung, wie sie von den Communist*innen vertreten wird, wonach alle Arbeitsorganisation auf Freiwilligkeit beruhen soll, steht er in jedem Falle, wie wir bereits sahen, aus guten Gründen skeptisch gegenüber. Betrachten wir noch einmal sein Argument: Entscheidend war für ihn, dass eine Überwindung der gesellschaftlichen Segregierung „ohne finanzielle Belohnungen“ Mechanismen bräuchte, „die eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen Angebot an und Nachfrage nach Tätigsein und Tätigkeiten“ herstellten.⁴³ Da er die Möglichkeit dessen eher für fraglich hält, müsste das im Umkehrschluss bedeuten, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten fair verteilt werden, dabei zueinander sowie zu den jeweiligen Tätigkeitsbedürfnissen ins Verhältnis gesetzt und zugleich auch erfasst und vergütet werden sollen. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit sollte planmäßig organisiert sein und dennoch auf den Bedürfnissen sowie der Eigeninitiative der Akteur*innen beruhen. Zudem soll die Arbeitszeit auch darum erfasst werden, weil sie Arbeiten als gesellschaftliche Arbeiten sichtbar macht und sie soll zu gleich vergütet werden, weil sie dadurch diese Arbeiten als gleichwertige notwendige Arbeiten auf der Grundlage eines gesellschaftlich geregelten Verfahrens anerkennt, indem mit der Verrichtung dieser Arbeiten bestimmte soziale Aneignungsrechte, gewissermaßen „ohne Ansehung der Person“, verbunden werden. Wir stimmen in diesem Punkt Sorg und den feministischen Positionen, die er referiert, voll und ganz zu. Gerade für eine sozialistische Neuorganisation der Reproduktionsarbeiten wäre eine öffentliche Sichtbarmachung und Anerkennung dieser Arbeiten ein wichtiger Schritt in Richtung Auflösung der geschlechtlichen Segregation und Diskriminierung. Gleiches würde auch für die rassistische Segregation und Diskriminierung gelten, auch wenn diese noch einmal etwas anders gelagert ist.

Um die von Christoph Sorg formulierten Ziele zu erreichen, wäre ein Konzept von Arbeitszeitrechnung, wie es von der GIK entwickelt wurde, eine geeignete Grundlage. Zwar müssen wir ihm zustimmen, dass sich die GIK in ihrer Grundprinzipschrift „komplett auf die Arbeit außerhalb des Haushalts“⁴⁴ konzentriert, aber nichts spricht dagegen, eine Schrift, die vor gut hundert Jahren verfasst worden ist, in eine bestimmte Richtung weiter zu denken. An dieser Stelle können wir das GIK-Modell natürlich nicht in aller gebührenden Breite ausführen. Von herausragender Wichtigkeit ist in ihrem Planwirtschaftsmodell jedoch der Umstand, dass die Arbeiter*innen in den verschiedenen Betrieben die Planungsinitiative besitzen. Es geht zunächst um

41 S. 212.

42 S. 213.

43 S. 215.

44 S. 202.

dezidiert dezentrale – nicht-staatliche – Planung. Dabei sollte man unter Betrieben nicht einfach nur große Fabriken verstehen, sondern auch Klein- und Kleinstbetriebe. Entscheidend ist, ob die Produkte der Betriebe ein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen. Dies wird von der Öffentlichen Buchhaltung geprüft, bei der die erstellten Pläne eingereicht werden müssen. Die Prüfung erfolgt auf der Grundlage der Daten der vorhergegangenen Planungszyklen und dem Abgleich mit dem tatsächlichen Konsum. Ein Produkt, das viel geringer nachgefragt wurde, als es in den betrieblichen Plänen prognostiziert wurde, müsste die jeweiligen Betriebe dazu anhalten, ihre Planangaben in der nächsten Runde entsprechend zu korrigieren, bzw. bei nicht vorhandener Nachfrage die Sinnhaftigkeit ihres Produkts zu überdenken. Diese Betriebe unterteilen sich in die sogenannten Produktiven Betriebe, die ihre Produkte und Dienstleistungen gegen Arbeitszertifikate abgeben, sowie in die Öffentlichen Betriebe, deren Produkte und Leistungen ohne jede Gegenleistung empfangen werden können. Aus der Perspektive einer humanen sozialistischen Gesellschaft, die zwischenmenschliche Beziehungen und Fürsorge in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen rückt, wäre es natürlich sinnvoll, die zentralen reproduktiven Arbeiten, wie die Pflege und Versorgung von kranken und alten Menschen, die Erziehung und Ausbildung der Kinder in der Form Öffentlicher Betriebe zu organisieren, nicht weil dies unproduktive Tätigkeiten wären, sondern, weil sie jedem Menschen unabhängig davon, was er geleistet hat, zustehen sollten. Überflüssig zu erwähnen, dass natürlich auch die Arbeiten, die in den Öffentlichen Betrieben verrichtet werden, mit Zertifikaten vergütet werden. Um nun die „Lasten“ des öffentlichen Sektors auf alle arbeitenden Menschen gleichermaßen zu verteilen, hat die GIK ein Berechnungsverfahren vorgeschlagen, das die in diesem Sektor verausgabte Arbeit mit der Gesamtarbeit verrechnet. Daraus ergibt sich ein „Faktor individueller Konsum“ (FIK), der die für den öffentlichen Sektor benötigten Ressourcen vom individuellen Konsum abzieht. Kurz gesagt: Wäre beschlossen, dass die Hälfte aller Betriebe Öffentliche Betriebe sind, wäre der FIK = 0,5 und jede Arbeiter*in würde für eine geleistete Stunde 0,5 Zertifikate erhalten. Der Abzug von ihrem Produkt wäre hier einerseits im Interesse aller Beteiligten und andererseits für alle transparent.

So weit sind wir dem Dogma der GIK gefolgt. Wie könnte man nun die Hausarbeit in dieses Konzept einbeziehen? Möglich wäre z.B. eine Vergütung für Menschen, die vorwiegend zu Hause bleiben und dort reproduktiven Tätigkeiten nachgehen, nach einer Art Pauschale von 6 oder 8 Stunden pro Tag. Die Zahlen sind hier willkürlich. Es soll an dieser Stelle nur deutlich werden, dass sich solche Verfahren ohne Weiteres in der Arbeitszeitrechnung implementieren ließen. Ebenso könnte man auch nicht arbeitenden Menschen, die weitgehend auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind, ein Guthabekontingent zur Verfügung stellen, durch das sie am individuellen Konsum partizipieren können. Diese Formen der Vergütung müssten dann eben auch mit dem FIK verrechnet werden und würden weitere Abzüge vom individuellen Konsum der Arbeitenden bedeuten. Dieser Umstand würde die Gesellschaft dazu nötigen, sich mit den Fragen der öffentlichen Versorgung eindringlich zu befassen; sie müsste für solche Fragen auf demokratischem Wege geeignete Lösungen und entsprechende Berechnungsverfahren finden. Damit rückten die Fragen der Organisation der Reproduktionsarbeiten und der öffentlichen Fürsorge unmittelbar in den Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Debatten. Hier könnte man einwenden, dass der arbeitende Teil der Bevölkerung in einem solchen Falle, etwa in dem Beharren auf möglichst hohen Konsumansprüchen, den öffentlichen Sektor möglichst klein halten wolle. Das halten wir allerdings für äußerst fragwürdig, denn die arbeitende Bevölkerung würde damit zu ihren eigenen Ungunsten entscheiden. Würde sie es wider Erwarten dennoch tun, dann wäre für jeden Sozialismus ohnehin Hopfen und Malz verloren. Dem steht jedoch der unausweichliche Fakt entgegen, dass alle Menschen einmal in eine Position der Schwäche kommen, über den heute nur die fortgesetzte Entfremdung in den zwischenmenschlichen Beziehungen und den Arbeitsverhältnissen sowie die Unmöglichkeit, auf politische Entscheidungen direkt Einfluss zu nehmen, viele eine Zeit lang hinwegtäuschen können.

In diesem Sinne ist das auch von Sorg zitierte Diktum Heide Lutoschs, eine gesellschaftliche Utopie zu entwerfen, die „konsequent von den Nichtarbeitenden, von den Nutzlosen und ihren Helferinnen und Helfern aus gedacht wird“,⁴⁵ ernst zu nehmen. Allerdings wird auch diese Perspektive notwendig zu der Frage der Arbeitsorganisation zurückführen. Denn auch die Nichtarbeitenden und Nutzlosen müssen mit Gütern versorgt werden, die Dritte produziert haben und es wird immer die Frage bleiben, in welchem politischen und ökonomischen Rahmen dies vor sich gehen kann. Allzu groß wäre die Versuchung auf einen restriktiven staatlichen Rahmen zurückzugreifen, der im Sinne einer „feministischen“ Reproduktionspolitik den Betrieben klare Vorgaben machte. Es scheint auch kein Zufall zu sein, dass Heide Lutosch die Autorin ist, die in nahezu allen Beiträgen erwähnt wird. Das hängt sicherlich mit der Tatsache zusammen, dass sie mit ihrem Essay „*Wenn das Baby schreit, möchte man doch hingehen*“ für die deutsche Planungsdebatte Maßstäbe gesetzt hat, die nicht mehr unterschritten werden dürfen. Zugleich verweist ihre aktuelle Omnipräsenz aber auch auf den Missstand hin, dass aus feministischer Perspektive zuletzt wenig zu einer konkreten sozialistischen Utopie beigetragen wurde – ein Missstand, den Lutosch selber anspricht. Wir glauben, dass eine solche Debatte im Zusammenhang mit einer Arbeitszeitökonomie auf der Basis selbstverwalteter Betriebsorganisationen und einer politischen Räteverfassung fruchtbar sein könnte. Unsere weiter oben getroffenen Überlegungen zu einer Ergänzung des GIK-Konzeptes, auch wenn sie an dieser Stelle skizzenhaft bleiben mussten, wollen hierzu einladen. Im Übrigen könnte sich auf Basis einer solchen Arbeitszeitökonomie auch der Kreis dessen, was anerkannte sinnvolle gesellschaftliche Arbeit ist, schlagartig erweitern. Denn das Stigma „arbeitsunfähig“ oder „nutzlos“ hat unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen eine ganz bestimmte Bedeutung. „Nutzlos“ sind unter diesen Bedingungen nur die Fähigkeiten der Menschen, die sich vom Kapital nicht als Durchschnittsarbeit profitabel verwerten lassen. Anders wäre es aber in einer Ökonomie der Zeit: Hier wäre jede Art von Tätigkeit durch die gleiche Vergütung mit Zertifikaten jeder anderen gleichgesetzt. Dadurch wären eingeschränkte oder benachteiligte Menschen zunächst einmal geschützt und es stünde ihnen offen, sich in einem für sie angenehmen Rahmen sozial und kreativ zu betätigen und womöglich Dinge herzustellen, die andere benötigen. Es ist dagegen vor allem die kapitalistische Arbeitsorganisation, die alle, die nicht in die Norm passen, zur Untätigkeit und zur Randexistenz verdammt und sie auf den Status eines bedürftigen Sozialfalls reduziert. Aber selbst wenn man die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten auf der Grundlage dezentraler Planung in Arbeitsstunden organisierte, wäre damit weder garantiert, dass sich auch die verschiedenen Leistungen innerhalb des Organismus der gesamtgesellschaftlichen Teilung der Arbeit gleichmäßig unter den Geschlechtern verteilen, noch dass sich hierdurch ad hoc kleinstädtische Familienstrukturen auflösen würden. Solche Veränderungen ließen sich aber sicherlich nicht per Dekret vornehmen, sondern erfordern die Arbeit von Generationen. Ob sich im privaten Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen die amouröse Paarbeziehung und die entsprechende Weise zu wohnen tatsächlich auflösen, ob Kinder dann durchweg kollektiv erzogen werden und die biologische Elternschaft zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt, ob es dann genauso viele männliche wie weibliche Astronaut*innen und Krankenpfleger*innen gibt, bleibt dabei jedoch reine Spekulation. Entscheidend ist auch vielmehr, dass entsprechende gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden, unter denen Menschen ohne Angst Entscheidungen treffen können; unter denen sie ihre Tätigkeitsfelder frei wählen können und das Vertrauen in ihre eigene Gestaltungsmacht gewinnen, weil sie gelernt haben, ihr Umfeld aktiv in Kooperation mit anderen zu gestalten und dabei die Erfahrung machen, dass ihre Wünsche, ihre Entscheidungen und ihre Handlungen Auswirkungen auf andere haben. Unserer Ansicht nach böte das Verfahren der Arbeitszeitrechnung die ideale Grundlage, um in eine solche Gesellschaft hinüberzuwachsen, denn sie ist quasi ein Konzept der unendlichen Transformation mit ungewissem Ausgang. Ihre Grundprinzipien lassen nicht nur vielfältige politische Rahmenbedingungen zu, sondern sie entwerfen die Transformation von einem arbeitsteiligen Organismus ausgehend, wie er unter

45 Vgl.: <https://communaut.org/de/wenn-das-baby-schreit-dann-moechte-man-doch-hingehen> Stand: 23.08.2024.

kapitalistischen Bedingungen historisch entwickelt und vorgefunden wurde – allerdings unter dennoch radikal veränderten Bedingungen hinsichtlich der Beziehungen von Arbeit und Eigentum. Schließlich sollte eine sozialistische Gesellschaft das materiell Notwendige in einer Weise besorgen, dass jeder Mensch ein freies Leben unter weitgehend selbst gewählten Umständen und im Frieden mit der eigenen libidinösen Konstitution führen kann. Welche persönlichen Beziehungen solche Menschen eingehen werden, vermag nicht einmal die Kritische Psychologie vorherzusagen.

Freiheit und Konsum

Die Bewertung individueller Freiheit führt uns zu der Frage zurück, warum die Arbeitszeitrechnung auch im Konsum durchgeführt werden sollte. Die Vergütung mit Arbeitszertifikaten hat nämlich nicht nur den Effekt, geleistete Arbeit transparent zu erfassen und als gesellschaftliche anzuerkennen, sondern sie dezentralisiert und individualisiert auch den Konsum. Dieser Aspekt wird von vielen Linken nicht nur maßlos unterschätzt, sondern zumeist auch mit einer gewissen Geringschätzung behandelt. So geißelt auch Simon Sutterlütli in seinem Beitrag immer wieder die „konsumistische Subjektivierung“ und den „privatisierten Konsum“ als kompensatorische Folgen entfremdeter Lohnarbeit und trifft damit den asketischen Grundton gängiger linker Konsumkritik.⁴⁶ Nur selten und dann zumeist schambehaftet können sich die Verfechter*innen solcher Konsumkritik eingestehen, auf wie wenig von dem verschrienen Warenpöbel, den sie besitzen, sie verzichten können und wie sehr sie ihre individuelle Freizeitgestaltung, ihre kleinen Hobbys und Urlaubsfahrten, letztlich doch lieben. Nur wenig befriedigend ist dabei die oft gemachte Beteuerung, dies alles sei ja nur eine Frage der Sozialisation und werde sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen fundamental ändern. Denn zunächst einmal haben wir es bei der Frage der Transformation mit Subjekten zu tun, die im Kapitalismus sozialisiert wurden. Ob sich die postmodernen Lebensverhältnisse von heute auf morgen in einer Art neuem Kollektivismus auflösen lassen, ist fraglich. Zweifellos ließe sich das Konsumniveau westlicher Gesellschaften unter den gegebenen planetaren Grenzen weder global verallgemeinern, noch wäre das wünschenswert. Doch sollte umgekehrt wenigstens einmal zugegeben werden, dass die durch die kapitalistische Warenproduktion angestachelte Vervielfältigung der Bedürfnisse nicht nur ein Fortschritt gegenüber der bornierten Selbstgenügsamkeit bäuerlicher Gesellschaften darstellt, sondern auch dem erreichten Stand der Produktivkraftentwicklung entspricht, der sich – zumindest nach den Erkenntnissen von Marx – nicht ohne weiteres zurückbilden, sondern höchstens gewaltsam zerstören ließe. Schließlich geht es hier um einen materiellen industriellen Korpus, der inzwischen den gesamten Globus umspannt. Es kann also nur von einer Um- und Weiterentwicklung der Produktivkräfte die Rede sein, die die Innovationsgabe, Kreativität und Anstrengung der ganzen Gattung benötigt, also dessen, was Marx den „general intellect“ der Menschheit nannte.

Wer unter Berufung auf Marx die freie Assoziation der Produzent*innen für das Wesentliche und den Reichtum an zwischenmenschlichen Beziehungen für den wahren Reichtum hält, sollte jedoch nicht die grundlegende materialistische Einsicht vergessen, dass alle menschlichen Beziehungen gegenständlich vermittelt sind. Schlussendlich läuft nämlich alle Produktion auf die Produktion von Konsumgütern hinaus. Solche befriedigen nicht einfach nur vorhandene menschliche Bedürfnisse, sondern erzeugen beständig auch neue. Dieser Aspekt war für das Freiheitsverständnis von Marx ebenso essentiell wie der der vergesellschafteten Produktion.⁴⁷ Denn ebenso wie es keine Endkonsumtion gäbe, die nicht auch eine individuelle wäre, gibt es auch keine Freiheit, die nicht

46 Vgl. S. 237f.

47 „In spite of all „frommen“ Redensarten sucht er [der Kapitalist] daher alle Mittel auf, um sie [die Arbeiter] zum Konsum anzuspornen, neue Reize seinen Waren zu geben, neue Bedürfnisse ihnen anzuschwatzen etc. Es ist gerade diese Seite des Verhältnisses von Kapital und Arbeit, die ein wesentliches Zivilisationsmoment ist und worauf die historische Berechtigung, aber auch die gegenwärtige Macht des Kapitals beruht.“ Karl Marx: „Grundrisse“, MEW 42. Berlin. 2005. S.213.

auch individuell gelebt und als solche bewusst wäre. In letzter Instanz hängt dies mit der physischen wie psychischen Konstitution der Menschen zusammen, von ihrer Umwelt abgegrenzte Wesen zu sein. So schreibt auch Heiner Koch in seinem Beitrag *Geplante Freiheit*, er wäre „agnostisch“ gegenüber der Frage, „ob es eine von individueller Freiheit unabhängige kollektive Freiheit geben kann. Sollte es diese Freiheit geben, hätte sie höchstens instrumentellen Wert für individuelle Freiheit, aber keinen Eigenwert als kollektive Freiheit.“⁴⁸ Dieses Problem ist aber nicht in einer „dialektischen“ Erörterung der Begriffe individueller und kollektiver Freiheit zu lösen, denn ohne ihre spezifische gesellschaftliche Dimension bleiben sie Leerformeln. Das muss auch Koch eingestehen, wenn er am Ende seines Beitrags zu dem „unbefriedigenden“ Schluss kommt, dass eine Bewertung planwirtschaftlicher Konzepte „unter Freiheitsgesichtspunkten“ voraussetze, dass „klar formuliert wird, um welche individuellen und kollektiven Freiheiten es geht und wie sich diese in dem konkreten Modell beeinflussen. Da es eine umfassende Lösung dieses Konflikts nicht geben wird, muss stattdessen ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess zwischen individuellen und kollektiven Freiheiten stattfinden.“⁴⁹ So allgemein, so richtig. Bei näherer Betrachtung scheint er davon auszugehen, dass kollektive Freiheit in der Planung mit zentralen und individuelle Freiheit mit dezentralen Elementen zusammenhängen. Wäre hier nicht ein Sozialismusmodell von Vorteil, dass einerseits zwar von einer kollektiven Selbstverwaltung der Produzent*innen ausginge, andererseits aber den Konsum in einem (durch den FIK) festgelegten Ausmaß weiterhin dezentralisierte? Außerdem bliebe auch die Produktion durch die Initiative der freien Produzent*innen zur Gründung neuer Betriebe und durch ihre betriebliche Planungsautonomie weitgehend dezentral, die allerdings mit dem zentralen Element der Öffentlichen Buchhaltung in einem reziproken Zusammenhang stünde. Dadurch, dass die Buchhaltung sowohl die Planangaben der jeweiligen Betriebe speicherte und überprüfte als auch registriert hätte, welche Produkte bei den Konsumgenossenschaften abgegeben, also gegen Zertifikate eingelöst worden sind, entstünden beständige Feedback-Schleifen, durch die Planungsangaben fortschreitend korrigiert, angepasst und optimiert werden könnten. Neben den planungstechnischen Vorzügen eines solchen Verfahrens, blieben hierdurch Produktion und Konsumtion auch in einer lebendigen Verbindung. Denn Dezentralität in Produktion wie Konsumtion bedeutet, dass immer wieder innovative Nischenprodukte etwa von spezialisierten Betrieben entwickelt und hergestellt werden könnten und die Konsument*innen ihren jeweiligen Vorlieben und Interessen entsprechend auch auf solche Nischenprodukte zugreifen könnten, ohne groß vor anderen darüber Rechenschaft ablegen bzw. im Kollektiv ständig über den Wert oder Unwert des eigenen Bedürfnisses verhandeln zu müssen. Dezentraler, auf Arbeitszertifikaten beruhender, Konsum wäre in diesem Sinne auch einer Situation angemessen, die voraussichtlich weiterhin ein Stück weit von sozialer Anonymität gekennzeichnet sein wird. Das wird in einem Sozialismus auf industrieller Basis unvermeidlich sein. Auch wenn es Formen politischer Selbstorganisation in Kommunen, Nachbarschaftsversammlungen, Stadtverwaltungen etc. geben muss, die dieser Tendenz auf lokaler Ebene entgegenwirken, so wird doch die differenzierte Arbeitsteilung – selbst, wenn sie von den Irrationalitäten kapitalistischer Arbeitsteilung befreit ist – dafür sorgen, dass man weiterhin von Menschen abhängig bleibt, die man nicht persönlich kennt. Auch darum wäre die Herstellung einer gewissen gesellschaftlichen Objektivität in der Form eines allgemeinen Maßes vorteilhaft: Zum einen würde das Prinzip der gleichen Arbeitsstunde allen Beteiligten den egalitären Charakter dieser Gesellschaft vor Augen führen, zum anderen wäre ihnen ihre individuelle Freiheit als ein individuelles Aneignungsrecht bewusst. Die Verhältnisse blieben trotz ihrer Anonymität für alle handgreiflich. Es handelt sich hier übrigens um kein Privatrecht im bürgerlichen Sinne, denn die Individuen könnten untereinander keine Vertragsgeschäfte im Sinne des Äquivalententauschs schließen, da die Arbeitszertifikate nicht handelbar sind, d.h. nicht als Zirkulations- und Zahlungsmittel dienen. Damit wäre unserer Ansicht nach ein Zustand erreicht, wie er von Marx am Ende des *Kapitals* mit

48 S. 317.

49 S. 321.

Blick auf das individuelle Eigentum ins Auge gefasst worden ist: „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die Negation des individuellen, auf eigene Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.“⁵⁰

Es ist wenig verwunderlich, dass ausgerechnet der Marktsozialist Max Grünberg in seinem Text *Die Ökonomie der Knappheit* diesen Punkt dezentraler und freier Konsumtion berührt, wenn er schreibt: „Der Exorzismus des Exzesses und die Bewegung hin zu den von Agnes Heller beschriebenen radikalen Bedürfnissen scheint heute gegen die Wunschmaschine des Kapitalismus nur schwer anzukommen. Denn angeheizt durch eine mediale Bilderflut scheint das menschliche Begehren fast von allein wie nach oben gezogen zu werden, während jede Entsagung stoische Arbeit am Selbst erfordert. Wenn es aber die Menschen auch in einem sozialistischen Wirtschaftssystem nicht von allein schaffen, bestimmten Gelüsten wie dem Fleischkonsum zu entsagen oder eine Begeisterung für Nachtzüge zu entfalten, dann müsste ein solcher Asketismus in Form eines ökologischen Leninismus entweder durch soziale Ächtung, die Abrichtung eines neuen Menschen oder durch Herstellungsverbote aufoktroziert werden.“⁵¹ Hier werden Themen berührt, die auch hinsichtlich einer politischen sozialistischen Strategie außerordentlich wichtig sind: Denn so lange die aktivistische Linke nur die Rolle des misanthropischen Spielverderbers einzunehmen weiß und ihre politischen Forderungen nur mit der gewohnten „Anti-“ Haltung oder in Form moralischer Präskriptionen zu formulieren versteht, wird sie die Menschen nicht gewinnen. So wird man etwa bei so manchen Positionen, die in der aktuellen Planungsdebatte vertreten werden, von dem Gefühl beschlichen, dass es wichtiger sei, die Natur zu retten als die Menschen. Aber die Natur kann nur gerettet werden kann, wenn sich die Menschen selber retten und neue Produktionsverhältnisse eingehen. Von diesen bräuchte die Linke zunächst einmal eine klare Vision, damit sie sich überhaupt aktiv für solche einsetzen könnte.

Planung

Max Grünbergs Polemik gegen die restriktiven und kollektivistischen Vorstellungen vieler linker Gesellschaftsutopien steht natürlich im Zusammenhang mit seinem leidenschaftlichen Plädoyer für die Beibehaltung marktwirtschaftlicher Steuerungselemente auch in einer sozialistischen Gesellschaft. Dieser Zusammenhang erscheint uns deshalb wenig verwunderlich, weil die kapitalistischen Märkte neben ihrer Funktion als Orte der Mehrwertrealisation auch den Vorzug der dezentralen Ressourcenallokation besitzen. Zudem gibt es mit dem Geld eine gemeinsame Recheneinheit, die – in den Worten Grünbergs – nicht nur „Informationen über eine effektive Nachfrage“ liefern, sondern auch „metrische Indizes für Opportunitätskosten“ darstellen, „die verschiedene Güter auf einen gemeinsamen Nenner bringen“, wodurch Güter und die für sie zu leistenden Arbeitsaufwände miteinander vergleichbar gemacht werden und in einem „Zusammenhang von Kosten und Nutzen“ stehen.⁵² Grünberg kommt auf diese Problematik zwar in einem etwas anders gelagerten Kontext zu sprechen, da er vor allem die Knappheit planetarer Ressourcen in den Vordergrund rücken will, die mit der durch den Kapitalismus entwickelten Bedürfnisstruktur im Konflikt stünde; doch führen seine Einwände in letzter Konsequenz auf

50 MEW 23. A.a.O. S. S. 791.

51 S. 248.

52 S. 258.

generelle, planungstechnische Überlegungen. Dabei bezieht er sich explizit auf Ludwig Mises' Argument, dass ohne eine gemeinsame Recheneinheit das Wirtschaften jeder ökonomischen Rationalität entbehre, das dieser in der damaligen Wirtschaftsrechnungsdebatte gegen die sozialdemokratischen Theoretiker, insbesondere gegen Neuraths Naturalrechnung vorbrachte. Grünberg scheint dabei, wie dazumal Karl Kautsky, den bürgerlichen Kritikern des Sozialismus auf den Leim zu gehen und die Recheneinheit des Geldes als alternativlos zu betrachten. Dabei hatten schon damals Otto Leichter und schließlich die GIK in der Debatte die Arbeitszeitrechnung ins Rennen gebracht.⁵³

Weshalb Grünberg hier immer noch das Geld für die geeignetere Form des betrieblichen Rechnungswesens hält, bleibt schleierhaft, drücken sich in den veränderten Marktpreisen die veränderten Leistungsaufwendungen und Nachfrageverhältnisse doch nur höchst indirekt aus. Form und Inhalt, Wertform (Preise) und Werts substanz (gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit) sind hier völlig inkongruent. Das zeigt sich nicht zuletzt auch an dem von Marx im dritten Buch des Kapitals formulierten Problem, dass die Produktwerte ebenso notwendig von den branchenspezifischen Produktionspreisen abweichen wie die erzielten Marktpreise dann von den Produktionspreisen.⁵⁴ Veränderungen der Marktpreise müssten zunächst einmal interpretiert und rückübersetzt werden. Unerwünschte Veränderungen müssten dann durch eine zentrale staatliche Preispolitik nachträglich korrigiert werden. Insofern liefe eine sozialistische Marktwirtschaft unmittelbar auf eine gelenkte Staatswirtschaft hinaus, vor der Grünberg selber ausdrücklich warnt.⁵⁵ Mehr als das ganze Verfahren unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu „demokratisieren“ hat auch er in diesem Kontext nicht anzubieten. Es kann wohl nicht oft genug daran erinnert werden, dass Geld nicht einfach ein technisches Instrument ist, das den Produktaustausch erleichtert, sondern vor allem Ausdruck einer Produktionsweise, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Nur darum nehmen die Produkte Warenform an; nur darum verdoppelt sich die Ware notwendig in Ware und Geld. Dies führt dann eben auch zu den unbewussten Verkehrungen, die Marx als Waren- und Geldfetischismus beschreibt, wonach den Menschen der gesellschaftliche Charakter ihrer Arbeiten undurchsichtig bleibt und die Werteigenschaften der Waren ihnen als Natureigenschaften erscheinen. Völlig abgesehen von den damit zusammenhängenden Entfremdungsprozessen (die Grünberg ohnehin wenig kümmern), stehen sich gesellschaftliche Planung und monetäre Marktlogik beständig im Wege. Warum also nicht bei der Planung eine allgemeine Recheneinheit verwenden, die den Aufwand für die verschiedenen Produkte direkt ersichtlich macht und von vornherein die Arbeit als Teil der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit erfasst? Mit der Arbeitszeitrechnung wären Form und Inhalt des gesellschaftlichen Austauschs adäquat.

Nun könnte man aber einwenden, dass innerhalb der Arbeitszeitrechnung zwar der Arbeitsaufwand für die Produkte abgebildet werden könnte, nicht aber die tatsächlichen Bedarfsmengen. Aber wie bereits angedeutet, ließe sich dieses Problem über die Informationsflüsse regeln, die die Konsumgenossenschaften (gegebenenfalls auch Online-Vertreiber o.ä.) über die Öffentliche Buchhaltung den jeweiligen Betrieben übermitteln, damit diese ihre Pläne entsprechend anpassen können. Solche Informationsflüsse wären gewiss nicht langsamer als die der Warenmärkte an Unternehmen, mit dem Unterschied, dass es sich bei ersterem um ein transparentes Vorgehen handeln würde.⁵⁶ Zudem wären die sozialistischen Betriebe nicht auf die Akkumulation von Zertifikaten angewiesen, anders als bei Privatunternehmen, deren Existenz von der gelingenden

53 Vgl. Gruppe Internationaler Kommunisten: Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung. Hamburg. 2020. S. 73 – 90.

54 Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, MEW 25. Berlin. 2003. S. 182 – 209.

55 S. 252f.

56 Ganz zu schweigen von dem von Marx erkannten Problem, dass durch das Kaufmannskapital die Informationen über den tatsächlichen Bedarf verfälscht bzw. verzögert werden, da das Kaufmannskapital die Waren bei den Produzenten aufkauft zu einem Zeitpunkt, an dem die tatsächliche Nachfrage schon gesunken sein kann. Vgl. Karl Marx: Das Kapital, Bd. 2, MEW 24. Berlin. 2003. S. 80f.

Verwertung abhängig ist. Arbeitszertifikate gelten nur im Konsum und werden durch ihr Einlösen vernichtet. Das Schicksal sozialistischer Betriebe, ihr Wachstum oder ihre Schrumpfung, wäre vermittelt durch Kommunikation bzw. durch planerische Koordination. Betriebe reproduzieren sich hier nur durch sinnvolle Planung. Wir glauben, dass damit letztlich das eingelöst werden würde, was von dem bereits genannten Modell von Jakob Heyer und Walther Zeug ebenfalls beansprucht wird, nämlich feedback-basierte (Selbst-)Steuerung/Regelung auf der Grundlage dezentraler Planung und Produktion.

Allerdings wird in dem Modell der GIK die planerische Selbstorganisation auch wirklich von den assoziierten Produzent*innen her gedacht und nicht von den Planungsstellen: Sie stehen an erster Stelle und nicht an dritter. Wir haben bereits im ersten Abschnitt unser Bedenken darüber geäußert, dass bei Heyer/Zeug die betriebliche Selbstverwaltung zur Farce zu verkommen droht, da die Betriebe sich schon an alle möglichen Vorgaben durch die Ebenen der zentralen Planung und der holistischen Gesamtrechnung halten müssen. Das zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass mit den sogenannten Tokens ein zentraler Zuteilungsmechanismus gedacht wird, der sowohl über das Schicksal der Betriebe als auch der Konsument*innen verfügt. Hier kehren genau die Gefahren wieder, die die GIK bereits an dem zentralistischen Arbeitszeitmodell Otto Leichters erkannt hat: Dort sollten Ernährungsphysiologen und andere „Experten“ berechnen, was die durchschnittliche Arbeiter*in an Konsumtionsmitteln zum Leben benötigt. Ganz ähnlich zu den errechneten „planetaren Grenzen“ wird anhand scheinbar objektiver Kriterien ein Existenzminimum festgelegt, das allen in Form von Arbeitsscheinen ausgezahlt wird. Angelernte Fachkräfte und höher Ausgebildete sollen bei Leichter – wie soll es anders sein – auch höher vergütet werden. Wie Heyer/Zeug in ihrem Modell zu dieser Frage stehen, bleibt offen. Immerhin gehen sie in ihrer Tabelle zunächst von einem biotischen und abiotischen Verbrauch pro Person aus⁵⁷, aber die entsprechenden materiellen Interessen der leitenden Funktionäre würden sich in einer derart verfassten Gesellschaft zu gegebener Zeit schon zu erkennen geben. Das Übrige des erwirtschafteten Arbeitsprodukts fließt bei Leichter dann in den Fiskus und steht den Akkumulations- und Reservefonds zur Verfügung.

Der Unterschied in dem GIK-Modell besteht nun darin, dass die Konsumtion nicht ein Bereich ist, der von zentraler Stelle festgelegt und durch gelenkte „Preispolitik“ von seinem Zusammenhang mit der Sphäre der Produktion entfremdet wird, sondern unmittelbares Resultat der Produktionsweise ist; es geht um das „genaue Verhältnis von Produzent zu Produkt“⁵⁸: „Die Festlegung der Arbeitszeit als Maß für den Verbrauch ist nichts anderes als eine technisch notwendige Maßnahme, um planmäßig verbrauchen und produzieren zu können.“⁵⁹ Natürlich müssen auch hier Akkumulation und Reserve berücksichtigt werden. Diese können ebenfalls mit dem FIK verrechnet werden und stellen dann Abzüge vom individuellen Konsum aller Arbeitenden dar. Der Unterschied zu zentralen Planungsmodellen, wie dem von Heyer/Zeug aber auch zu Cockshott/Cottrell, mag geringfügig erscheinen, ist aber in fact ein Unterschied ums Ganze. Denn im Modell der GIK aggregiert sich alles von den Produktionsverhältnissen ausgehend. In den Worten der GIK heißt das: „So zeigt es sich, dass die Einführung der Kategorie der gesellschaftlich durchschnittlichen Arbeitszeit im Betriebsleben sinnlos ist, wenn wir sie nicht zugleich als Grundlage der Konsumtion nehmen. Ist das Verhältnis der Produzenten zum Produkt in den Dingen selbst festgelegt, dann ist kein Raum für „Preispolitik“, dann fällt das Resultat jeder Verbesserung des Produktionsapparates unmittelbar allen Konsumenten **automatisch** zu, ohne dass jemand etwas **zuweist** (Herv. i . O.).“ Natürlich müssen die Menschen übergreifende politische Beschlüsse fassen, die für alle Betriebe verbindlich gelten, nicht nur hinsichtlich der Fragen von Akkumulation und Reserve, sondern zuvorderst auch mit Blick auf die drängenden Fragen der bevorstehenden ökologischen Katastrophe und der planetaren Grenzen. Hier können natürlich auch das Wissen von Fachleuten und Expert*inenn,

57 S. 278.

58 GIK: Grundprinzipien. A.a.O. S. 154.

59 Ebd. S. 155.

statistische Berechnungen und dergleichen von großer Hilfe sein. Aber diese Fragen müssen auf der festen Grundlage neu etablierter Produktionsverhältnisse verhandelt werden, in einer Weise, in der diese Probleme unmittelbar als Angelegenheiten der assoziierten Produzent*innen erscheinen. Wer dagegen in zynischer Manier der Ansicht ist, dass die Arbeiter*innen in einer solchen Gesellschaft einem blindem Betriebsegoismus frönen und rücksichtslosen Raubbau an der Natur begehen würden, der sollte sich einmal selbstverwaltete Betriebe der Gegenwart (etwa in Argentinien) anschauen. Sozialwissenschaftler*innen wie Dario Azzellini, die sich schon viele Jahre mit Betriebsbesetzungen und den Fragen der Arbeiter*innenkontrolle beschäftigt haben, heben auch hervor, dass die Arbeiter*innen solcher Betriebe sich viele Gedanken darüber machen, wie sie ihren Produktionsapparat ökologisch nachhaltig umrüsten und welche Produkte sie sinnvollerweise herstellen können.⁶⁰ Es ist immer ein gewaltiger Unterschied, ob es die eigenen Entscheidungen oder fremde Entscheidungen sind, welche für das Handeln der Menschen maßgebend sind. Dies alles sind auch die Gründe, weswegen wir die Arbeitszeit als einzige Recheneinheit anerkennen. Denn eine allgemeine Recheneinheit halten wir – wie Max Grünberg – für unerlässlich. Dies ist auch, wie bereits gezeigt, unser Hauptstreitpunkt mit den Vertreter*innen des Commonismus. Wie Grünberg in seinem Beitrag jedoch plausibel dargelegt hat, würde eine Gesellschaft, in der die assoziierten Produzent*innen in einem gewissermaßen frei flutenden Beziehungsgeflecht, in dem sich lokale und globale Absprachen stets aufs Neue durchkreuzen können, sich Produktion und Konsumtion auf der Basis reiner Freiwilligkeit regeln, vermutlich zu massiven Stockungen in den Lieferketten führen, schließlich zur wirtschaftlichen Katastrophe. In einem solchen Falle wäre die Gesellschaft gezwungen wieder zu einer zentralen Politik der Rationierung von Gütern überzugehen. Daneben würden sich mit großer Wahrscheinlichkeit ein lokaler Tauschhandel, ja Schwarzmärkte etablieren.⁶¹ Allerdings halten wir im Gegensatz etwa zu den „holistischen“ Ansätzen die Arbeitszeit für die einzig universelle Größe der sozialistischen Wirtschaftsrechnung. Denn Bedarfsmengen, ökologische Grenzen und Ressourcenkapazitäten können sich je nach den wissenschaftlich-technischen Innovationen und der entsprechenden Umgestaltung des Produktionsapparates verschieben oder sogar gegenstandslos werden. Immer aber werden es Menschen sein, die hierfür Arbeit aufwenden und dafür ihre Zeit hergeben müssen, die von ihrer ohnehin schon begrenzten Lebenszeit auf dieser Erde abgezogen wird. Sicherlich wäre auch dies eine zu vernachlässigende Größe, je weiter der Arbeitsaufwand für alle Produkte gegen Null tendieren würde. Ob ein solcher Roboterkommunismus allerdings möglich ist, geschweige denn im Hinblick auf die Frage der Reproduktionsarbeiten überhaupt wünschenswert wäre, ist eine Frage für die künftigen Generationen. Der Sozialismus muss der Form und dem Inhalt nach eine Ökonomie der Zeit sein. Eine wirkliche Vergesellschaftung ist nur als revolutionäre Aneignung der Produktionsmittel durch die Produzent*innen denkbar. Wir hoffen, mit unserer Intervention in der aktuellen Planungsdebatte eine gewisse Sensibilität für diese Fragen erwecken zu können. Arbeiter*innenselbstverwaltung und Arbeitszeitrechnung müssen untrennbar miteinander verwoben sein. Andernfalls steht zu befürchten, dass die Proletarier aller Länder künftig wenig zu lachen haben werden.

60 Vgl. hierzu seinen Vortrag, den er in Zusammenarbeit mit IDA 2023 in den Mehringhöfen gehalten hat: <https://www.youtube.com/watch?v=JWPtc7YB22s> Stand: 23.08.2024.

61 Vgl. S. 257 – 261.